



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



Mai 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

### **1. Ausländerrechte in Deutschland**

*Aufenthaltsrecht · Visapflicht · Sprachtest · Besteuerung bei Auswanderung*

### **2. Deutsche Islam Konferenz**

*Arbeitsthemen · Lob und Tadel*

### **3. Islam in Deutschland**

*Islamisches Wörterbuch · Gemeinsamer Kirchentag · Burkaverbot · Gebetsräume*

### **4. Deutsch-türkische Lebenswelten**

*Landtagswahl · Integrationspreis · Berufsausbildung · Diskriminierung*

#### **Impressum**

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presse-  
spiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgeru-  
fen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in  
Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

## 1. Ausländerrechte in Deutschland

**Aufenthaltsrechtliche Fragen sowie die Visapflicht und der verpflichtende Sprachtest waren Thema der türkischen Presse im Mai. Meldungen gab es auch zur Öffnung des öffentlichen Dienstes für Menschen mit Migrationshintergrund und zur Frage der Besteuerung im Falle der Auswanderung in die Türkei.**

### **Aufenthaltsrecht für zwangsverheiratete Frau**

Die konservative **SABAH** greift am 12.05. ein Urteil des Verwaltungsgerichts Göttingen zum Thema Aufenthaltsrecht auf: Eine in der Türkei zwangsverheiratete Frau war drei Jahre nach der Eheschließung zu ihrem Ehemann nach Deutschland zugezogen. Ihr Ehemann ließ sich jedoch anderthalb Jahre nach dem Zuzug scheiden. Für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht hätte die Ehe mindestens zwei Jahre fortbestehen müssen. Das Verwaltungsgericht Göttingen schätzte die Rückkehr der Frau in die Türkei als unzumutbar ein und gewährte ihr wegen der „besonderen Härte des Falls“ ein eigenes Aufenthaltsrecht. Die Zeitung lobt dieses Urteil als „menschliche Entscheidung“.

### **Umstrittener Umgang mit Soysal-Urteil**

Die **SABAH** befasst sich am 20.05. mit Visapflicht für nach Deutschland einreisende Türken. Deutschland sei noch immer nicht bereit, das Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu akzeptieren und zu implementieren, meldet die Zeitung. Dem Soysal-Urteil zufolge benötigen türkische Staatsbürger kein Visum, wenn sie einreisen, um eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Als Beweis für die Nichteinhaltung des Urteils führt die Zeitung zwei Gerichtsent-scheide in Saarlouis und Regensburg an.

### **Linke für Abschaffung des Sprachtests**

Am 19.05. berichtet die konservative **HÜRRIYET** über einen Gesetzesvorschlag, den die Bundestagsfraktion der Linken eingereicht hat. Demnach fordert die Partei die Abschaffung des Sprachtests, der seit 2007 im Rahmen der Familienzusammenführung durchgeführt wird. Gerade für die Familienzusammenführung sei ein solcher Test hinderlich und zudem unvereinbar mit deutschem sowie europäischem Recht, so die Position der Linken.

## **Besteuerung bei Rückkehr in die Türkei**

„Die Rückkehr ist steuerfrei“ meldet die **HÜRRIYET** (07.05.) auf ihrer Titelseite und bezieht sich damit auf die Versteuerungsregelungen türkischstämmiger Personen, die im Rentenalter zum Leben in die Türkei zurückkehren. Laut einer Anfang Mai 2010 beschlossenen Regelung, werden Rentner von der Steuerabgabe teilbefreit. Der Wohnsitz des Rentners ist dabei entscheidend. Besitzt der in der Türkei oder außerhalb Deutschlands lebende türkischstämmige Rentner einen Wohnsitz in Deutschland, so ist er nach dem Gesetz verpflichtet, Steuern zu zahlen, sofern sein jährliches Einkommen die Grenze von 10.000 Euro übersteigt. Wenn hingegen die betreffende Person keinen ständigen Wohnsitz mehr in Deutschland besitzt, wird der deutsche Staat auch keine Steuerabgaben verlangen, informiert das Blatt weiter.

## **Berlin: Mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst**

„Riesenschritt für höheren Migrantenanteil im öffentlichen Dienst“ titelt die liberal-islamische **ZAMAN** am 05.05. über ein geplantes Gesetzesvorhaben der Berliner Landesregierung. Als erstes Bundesland möchte Berlin die Bevorzugung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst auch gesetzlich fixieren, meldet die Zeitung. Das neue „Integrations- und Partizipationsgesetz“ sei bereits in Arbeit. Am 07.05. berichtet die liberale **MILLIYET** über Kritik von verschiedenen Seiten, die im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Berliner Landesregierung laut wurde. Während einzelne CDU- und SPD-Mitglieder gegen diese Bemühung seien, habe sich die Linkspartei zum Vorhaben bekannt, so die Zeitung.

## **2. Deutsche Islam Konferenz (DIK)**

**Fast alle türkischen Tageszeitungen berichteten im Mai über die zweite Islamkonferenz, die am 17.05. in Berlin stattgefunden hat.**

Bei der zweiten Zusammenkunft der DIK seien zentrale Themen behandelt worden, die das Leben und die Integration der Muslime in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen beeinflussen, so die **HÜRRIYET** (18.05.). Bundesinnen-

minister Thomas De Maizière habe außerdem auf die Brisanz von Themen wie den islamischen Religionsunterricht und die Ausbildung von Imamen in Deutschland hingewiesen. Hier sei es wichtig, sofort zu handeln, so die Zeitung weiter. Am selben Tag zitiert die **SABAH** auf ihrer Titelseite den Bundesinnenminister mit den Worten „Der Islam ist ein Teil von uns“. Es sei vereinbart worden, folgende Themen im Arbeitsprogramm der DIK aufzunehmen: Islamophobie und Antisemitismus, Imamausbildung, Islamunterricht, Islamische Theologiefakultäten an Hochschulen und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Am 19.05. berichtet die **HÜRRIYET** über die Eindrücke der türkischstämmigen Konferenzteilnehmer nach der Sitzung: Insgesamt habe eine konstruktive Atmosphäre geherrscht und beide Seiten hätten ihre Wünsche geäußert. Auf staatlicher Seite sei das Schwerpunktthema die Integration, während den muslimischen Verbände vor allem an einer Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts gelegen sei, informiert die Zeitung. Am 20.05. berichtet die **ZAMAN** auf der Titelseite über weitere Anmerkungen der islamischen Verbände: Das Fehlen von zwei der vier großen Dachverbände laufe dem Ziel de Maizières zuwider, mit Hilfe der DIK gesellschaftliche Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten voranzutreiben. Die gesellschaftliche Akzeptanz der auf der DIK gefassten Beschlüsse hänge maßgeblich davon ab, ob die muslimischen Verbände als das Sprachrohr der in Deutschland lebenden Muslime angemessen repräsentiert seien, so die Zeitung weiter.

### **3. Islam in Deutschland**

**Aus Anlass der zweiten Deutschen Islam Konferenz widmete die türkische Tagespresse auch allgemeinen Fragen zum Islam besondere Aufmerksamkeit. Behandelt wurden die Vorschläge eines islamischen Wörterbuches sowie eines gemeinsamen Kirchentages für Muslime und Christen. Außerdem wurden ein mögliches Burkaverbot in Deutschland sowie die Rolle des Islams für die Bildung in Deutschland thematisiert.**

#### **Einführung eines islamischen Wörterbuches**

Am 11.05. behandelt die **ZAMAN** ausführlich das Vorhaben des Bundesinnenministers, eine Art islamisches Wörterbuch zu erstellen. Im Artikel wird diese Idee

als sehr innovativ und praktisch relevant bewertet, da das Wörterbuch im Alltag für viel Klarheit über Begrifflichkeiten sorgen könne, die in der Vergangenheit leere Diskussionen hervorgerufen hatten. Dieses Wörterbuch stelle einen großen und wichtigen Schritt in der Akzeptanz des Islams in der Öffentlichkeit dar und spiele zugleich eine wichtige Rolle in der Öffnung gegenüber den Muslimen in Deutschland, lobt die Zeitung. Außerdem werde das informative Wörterbuch zu einem Abbau gegenseitiger Vorurteile führen, wovon letztlich die Muslime sowie der deutsche Staat gleichermaßen profitieren werden, so das Blatt weiter.

### **Kampf gegen Islamismus und türkischen Nationalismus**

Die **ZAMAN** berichtet am 03.05. ausführlich über ein Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Die Ministerin habe gesagt, dass sie mit Hilfe einer Kooperation mit der alevitischen Gemeinde gezielt gegen Islamismus und türkischen Nationalismus in Deutschland vorgehen wolle. Die für diese Art von Projektvorhaben notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von etwa 2 Millionen Euro werde Schröder nach eigenen Angaben nicht von den Geldern zum Kampf gegen Extremismus beziehen, sondern aus Mitteln des Bundeshaushalts schöpfen, so die Zeitung weiter.

### **Gemeinsamer Kirchentag für Muslime und Christen**

Anlässlich des zweiten Ökumenischen Kirchentages berichtet die **ZAMAN** (17.05.) auf ihrer Titelseite über einen Vorschlag Thomas de Maizières: Der Minister hoffe darauf, in Zukunft einen gemeinsamen Kirchentag für Muslime und Christen einführen und feiern zu können. An diesem Tag könne man verschiedene Aktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten zwischen den beiden Religionen durchführen, um so gegenseitige Vorurteile abzubauen, so die Zeitung.

### **Kein Burkaverbot in Deutschland**

Anlässlich des kürzlich beschlossenen Burkaverbotes in Belgien berichtet die **ZAMAN** am 06.05. über die Haltung des Bundesinnenministers zu einem deutschen Äquivalent. De Maizière habe sich gegen die Einführung eines solchen Verbotes gestellt und erklärt, dass dies unangebracht und unnötig sei, „da in Deutschland höchstens 100 Frauen eine Burka tragen“. Außerdem stehe der Auftakt der zweiten Deutschen Islam Konferenz bevor, bei der es wichtigere

Sachverhalte zu klären gebe. Laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags sei ein solches Verbot unvereinbar mit dem Deutschen Grundgesetz, so die Zeitung.

### **Gebetsräume an deutschen Schulen**

Unter dem Titel „Gebetsräume sind unnötig“ zitiert die **HÜRRIYET** (25.05.) das Berliner Senatsmitglied Bilkay Öney (SPD). Laut Öney, sei es sehr loblich, dass Religion auch für Kinder eine wichtige Rolle spiele. Dies dürfe jedoch nicht zu der Forderung führen, Gebetsräume an deutschen Schulen zu errichten, so die Abgeordnete. Die Einnahme einer solchen Erwartungshaltung erzeuge in der Gesellschaft ein unflexibles und radikales Bild des Islams, berichtet die Zeitung weiter über Öneys Meinung. Auf der Titelseite der **SABAH** (25.05.) heißt es „Sie stellt sich gegen Gebetsräume in deutschen Schulen“. Öney habe darauf hingewiesen, dass das Gebet eine private Angelegenheit sei und daher auch weiterhin in dieser Sphäre bleiben sollte, so die Zeitung weiter.

### **Studienfach „Islamischer Religionsunterricht“**

Die **ZAMAN** berichtet am 22.05. über den Wunsch der Hamburger Senatorin Herlind Gundelach (CDU), ein neues Studienfach an Hamburger Universitäten einzuführen: Gerade im multikulturellen Hamburg sei Religionsunterricht ein guter Weg, um religiöse Vorurteile sowie Unwissenheit abzubauen, so die Senatorin. Hamburger Universitäten wünschten sich daher, Lehrer für islamischen Religionsunterricht auszubilden, berichtet die Zeitung. Bereits seit längerer Zeit werde diesbezüglich ein sehr konstruktiver Dialog zwischen dem Hamburger Senat und den Hamburger Muslimen geführt, informiert das Blatt weiter.

#### 4. Deutsch-türkische Lebenswelten

**Im Mai berichteten die türkischen Zeitungen über den Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, den neuen niedersächsischen Integrationspreis sowie über verschiedene Diskriminierungsfälle.**

##### **Nordrhein-Westfalen: Sechs Türkischstämmige im Landtag**

Bei der Landtagswahl am 09.05. wurden erstmals Menschen mit Migrationshintergrund in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt. Insgesamt hatten sich 35 Türkischstämmige aus verschiedenen Parteien zur Wahl gestellt. Von diesen wurden sechs in den Landtag gewählt. Den Wahlausgang kommentieren die türkischen Zeitungen auf sehr unterschiedliche Weise: Die **SABAH** (11.05.) schreibt, dass „nur sechs der 35 Kandidaten mit türkischem Hintergrund den Einzug in den Landtag“ geschafft haben. Die Zeitung informiert, dass künftig Serdar Yüksel und Ibrahim Yetim (SPD), Arif Ünal (Die Grünen) sowie Ali Atalan, Özlem Alev Demirel und Hamide Akbayir (Die Linke) ihre Parteien im Landtag vertreten werden. Die **HÜRRIYET** (11.05.) hingegen beschreibt den Einzug der sechs türkischstämmigen Abgeordneten als einen „historischen Erfolg“. Nachdem die türkischstämmige Bevölkerung bislang noch nie einen Vertreter in den Landtag entsenden konnte, seien es nun nach 50 Jahren gleich sechs Abgeordnete. Nach Aygül Özkan (CDU), die vor kurzem zur niedersächsischen Sozialministerin ernannt wurde, sei dieser Ausgang der Landtagswahl ein Meilenstein auf dem Weg zu einem weiteren Minister türkischer Herkunft, so die Zeitung weiter. Am selben Tag befasst sich auch die **ZAMAN** mit dem Ausgang der Landtagswahl und titelt erfreut: „Nach den türkischstämmigen Landtagsabgeordneten ist nun ein türkischstämmiger Minister fällig“. Zum hohen Stimmanteil der nordrhein-westfälischen SPD verkündet die **HÜRRIYET** (10.05.): „Zweite türkischstämmige Ministerin in Deutschland ist bereits unterwegs“. Gemeint ist Zülfiye Kaykin, integrationspolitische Beraterin von Hannelore Kraft und Mitglied des Kompetenzteams.

##### **Niedersachsen initiiert erstmals Integrationspreis**

Die kürzlich ins Amt gewählte niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) hat gemeinsam mit der niedersächsischen Integrationsbeauftragten Honey Deihimi einen Integrationspreis initiiert. Für den mit 30.000 € dotierten Preis

können sich Personen bewerben, die ein Ehrenamt in der Integrationsarbeit in Verbänden oder Vereinen innehaben, informiert die **TÜRKIYE** (25.05.).

### **De Maizière: „Deutschland ist eure Heimat!“**

Mit diesen Worten zitiert die **HÜRRIYET** am 14.05. auf ihrer Titelseite den Bundesinnenminister. Im Interview mit der Zeitung äußert sich De Maizière zu verschiedenen Themen, die für zugewanderte Menschen von Bedeutung sind. Der Minister hält daran fest, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eher die Ausnahme als die Regel sein sollte. Es sei wichtig, feste Beschlüsse über Loyalitäten zu fassen und diese auch einzuhalten. Im Interview wurde außerdem auch die Frage nach dem Wahlrecht für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gestellt. De Maizière wird diesbezüglich mit folgenden Worten zitiert: „Wir möchten, dass auch zugewanderte Menschen Deutschland als ihre Heimat sehen und empfinden. Daher muss es einen Unterschied zwischen den Menschen geben, die dauerhaft in Deutschland leben möchten und solchen, die dies nicht planen. Wir möchten, dass Erstere sich hier zu Hause fühlen und sich einbürgern lassen“. In diesem Zusammenhang könne das Wahlrecht als Anreiz zur Einbürgerung fungieren.

### **Wege in die Berufsausbildung**

Am 14.05. informiert die **HÜRRIYET** über ein Pilotprojekt in Dortmund zum Thema Berufsausbildung. Im Rahmen des Projektes wurde die bundesweit erste Ausbildungsbörse für junge Menschen mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen. Auf der Veranstaltung informierten u.a. das Essener Zentrum für Türkei-studien und Integrationsforschung, die Handwerkskammer Dortmund, die Arbeitsagentur sowie mehr als 30 Unternehmen aus dem Umkreis darüber, wie sie die Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte beruflich fördern wollen und können.

Über eine weitere berufliche Fördermaßnahme für türkischstämmige Jugendliche berichtet die national-islamische **TÜRKIYE** (20.05.): Gemeinsam mit der Aydin Universität in Istanbul habe das Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI) in Mainz ein Projekt für arbeitslose türkischstämmige Jugendliche initiiert. Zielgruppe sind insbesondere diejenigen Jugendlichen, die ihre Ausbildung abgebrochen haben. Im Rahmen des Projektes soll ihnen ein Praktikumsplatz bei verschiedenen Unternehmen in der Türkei vermittelt werden, um



sie so für den Arbeitsmarkt zurück zu gewinnen. Nach dem Auftakt im September dieses Jahres soll das Projekt bis 2012 dauern. Auch die **ZAMAN** (22.05.) räumt dem Projekt „Brücken bauen, Integration stärken“ in ihrer Berichterstattung Platz ein: Das vom Europäischen Sozialfonds finanzierte Projekt biete Jugendlichen mit normalem Schul- oder Berufsschulabschluss eine erstklassige Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung, von der diese auch Gebrauch machen sollten, so die Zeitung.

### **Studie: Negative Haltung gegenüber Ausländern in Deutschland**

Die **SABAH** fasst am 12.05. die Ergebnisse einer Umfrage zusammen, die das Meinungsforschungsinstitut INFO und Liljeberg Research International gemeinsam durchgeführt haben. Hierbei wurden etwa 1.000 Deutsche sowie etwa ebenso viele in Deutschland lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu ihrer Wertewelt befragt. Die Studie stelle u.a. fest, dass etwa jede fünfte deutschstämmige Person Ausländern gegenüber negativ eingestellt sei und Vorurteile habe. Tendenziell sei außerdem erkennbar, dass diese Personen in der Regel ältere Personen mit niedrigem Bildungsniveau aus ländlicheren Gegenden seien, so die Zeitung weiter über die Ergebnisse der Studie. Auch die **ZAMAN** (12.05.) berichtet über die Studie: Laut Holger Liljeberg, dem Leiter der Info GmbH, seien wahrscheinlich türkischstämmige Migrantinnen und Migranten am wenigsten integriert. Dies hänge vor allem mit dem niedrigen Bildungsniveau und der Religiosität dieser Bevölkerungsgruppe zusammen und rufe daher bei diesen Menschen Intoleranz und eine gewisse Introvertiertheit hervor, berichtet die Zeitung weiter.

### **Sparkasse diskriminiert türkisches Ehepaar**

Am 06.05. befassen sich **HÜRRIYET** und **SABAH** auf der Titelseite mit einem Diskriminierungsfall, der sich in Duisburg beim Kauf eines Hauses ereignete. Ein türkischstämmiges Paar wollte ein von der Sparkasse zu verkaufendes Haus erwerben, erfuhr bei seiner Anfrage jedoch, dass das Haus bereits für einen anderen Käufer reserviert sei. Kurze Zeit später fragte dasselbe Ehepaar erneut an, allerdings unter deutschem Namen. In diesem Fall sei die besagte Reservierung nicht einmal erwähnt worden. Inzwischen habe sich die Sparkasse bei dem türkischstämmigen Ehepaar entschuldigt und den Fall als einen Fehler bezeichnet.

Die türkischen Zeitungen sprechen von Diskriminierung und melden, dass das Ehepaar plane, juristische Schritte gegen die Sparkasse einzuleiten.

### **Willkür bei deutschen Jugendämtern**

Die **ZAMAN** (25.05.) berichtet über den Fall einer türkischstämmigen Familie aus Essen. Nachdem die Mutter von zwei Kindern durch ihren Ehemann ermordet worden war, hatte das Jugendamt das Sorgerecht für die Kinder der zweifachen Mutter übernommen. Als die Tante der beiden Kinder Besuchsrecht für ihre Nichten haben wollte, verwehrte ihr das Jugendamt dieses, wie sie im Interview berichtet. Das Jugendamt habe mitgeteilt, dass die Kinder an eine christliche Familie vermittelt wurden, damit sie ‚verchristlicht‘ werden könnten. Die Familie habe unmittelbar juristische Schritte eingeleitet, habe jedoch die Klage wieder zurückgezogen, als das Jugendamt versprach, Besuchsrecht zu gewähren. Doch sei auch dieses Versprechen nicht eingehalten worden. Begründet habe das Jugendamt dies mit der Behauptung, dass die Kinder die Familienangehörigen nicht sehen wollten. Die Tante der Kinder fordert im Interview den deutschen Staat dazu auf, gegen diese Willkür vorzugehen.